

**Interview**  
**20.06.2022**

### **Manfred Weber im Gespräch mit Sarah Zerback**

**Sarah Zerback:** Die Ukraine will in die EU und angesichts des russischen Angriffskrieges stellen sich auch keine hochrangigen Politiker und Politikerinnen dagegen. Auch der Bundeskanzler hat diese Botschaft mit nach Kiew gebracht. Die EU-Kommission hat den Schritt Ende letzter Woche offiziell empfohlen und jetzt warten alle darauf, wie sich die Mitgliedsländer der EU dazu positionieren und eventuell dann auch bereits entscheiden auf dem EU-Gipfel in dieser Woche. Denn am hohen Tempo, da gibt es durchaus Zweifel, und auch Sorgen davor, dass hier mit zweierlei Maß gemessen werden könnte. – Am Telefon begrüße ich jetzt Manfred Weber. Seit kurzem steht der CSU-Politiker an der Spitze der größten europäischen Parteienfamilie als neuer Präsident der EVP. Guten Morgen, Herr Weber!

**Manfred Weber:** Guten Morgen, Frau Zerback.

**Zerback:** Diese Kandidatenstatus-Debatte, wäre das mehr als ein rein symbolischer Schritt, ein moralischer Booster für ein Land im Krieg?

**Weber:** Er ist ein wichtiger Booster in der jetzigen Situation. Man stelle sich vor, wir würden den Wunsch der Ukraine, jetzt eine Perspektive zu bekommen, willkommen zu sein, auch Mitglied der EU werden zu können, man würde diese Perspektive jetzt verweigern. Man muss sich mal vorstellen, was das in der Ukraine bei den Menschen, die jetzt im Krieg sich befinden, bei denen, die auch kämpfen für unsere Werte und für unsere Freiheit, was das auslösen würde. Für mich gibt es deshalb keine Frage; die Ukraine braucht eine europäische Perspektive. Sie hat diesen Status verdient. Deshalb hoffe ich, dass auch Macron und Scholz bis zum nächsten Donnerstag Überzeugungsarbeit leisten, dass dieser einstimmige Beschluss gefasst wird.

**Zerback:** Das versuchen sie, unter anderem ja auch mit der gemeinsamen Reise nach Kiew. Aber auch das wissen Sie besser als viele: ein Kandidatenstatus, das ist noch kein Beitritt. Glauben Sie, dass Sie das noch erleben werden, dass die Ukraine in die EU kommt?

**Weber:** Da bin ich mir sehr sicher, dass ich das noch erleben werde, und die Aufgabe liegt in der Hand der Ukraine, und die wissen sehr realistisch, was möglich ist und was nicht möglich ist. Einerseits ist klar: Ein Land im Krieg kann nicht direkt Mitglied der Europäischen Union werden. Das heißt, wir brauchen erst Frieden. Aber ich bin auch überzeugt, mit allen, mit denen ich dort spreche, und auch übrigens, wenn man Flüchtlinge trifft, Bürger der Ukraine, die wissen derzeit sehr genau, was sie alles leisten für unsere Werte, und deshalb bin ich überzeugt, wenn es zum Frieden kommt, hoffentlich bald, dann wird die Ukraine eine innere Kraft haben, die Aufgaben anzupacken, Korruption zu bekämpfen, gegen Oligarchie vorzugehen, wie wahrscheinlich kein anderes Beitrittsland, das wir derzeit haben. Insofern: Ich vertraue auf diese innere Kraft.

**Zerback:** Glauben Sie, Stichwort Frieden, dass der Schritt gar nicht mehr relevant ist, wenn die Ukraine den Krieg verlieren sollte?

**Weber:** Wenn die Ukraine den Krieg verliert, dann wird sie Vasallenstaat Russlands. Dann kommt sie unter die Knute Putins und das gilt es ja genau zu verhindern, weil wir alle wissen, dass Putin damit nicht aufhören wird, sondern weitere Aktionen gegen den Westen, gegen

unser Lebensmodell starten wird. Das ist unser Kampf, der dort gekämpft wird, und deshalb müssen wir auch bei der Erweiterungspolitik anders denken. Wir haben in den letzten Jahren Erweiterungspolitik vor allem unter Wirtschaftspolitik gesehen, Märkte zu öffnen, den Binnenmarkt zu erweitern, damit wir Deutschen auch Produkte verkaufen können. Diese Zeiten sind vorbei. Erweiterungspolitik ist heute Wertepolitik, ist heute Sicherheitspolitik. Auch für den westlichen Balkan gilt, entweder wir exportieren unsere Stabilität in den westlichen Balkan, oder wir werden aus Bosnien, aus Serbien die dortige Instabilität nach Europa holen. Es geht um Stabilität für uns und da brauchen wir jetzt Mut.

**Zerback:** Sie haben vorhin gesagt, die Ukraine weiß es sehr realistisch einzuschätzen, was sie dafür tun muss. Auch die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat gestern noch einmal im Interview mit der ARD betont, dass die Ukraine da Hausaufgaben machen muss. Aber da stellt sich doch die Frage, wie das gelingen soll, wenn das Land noch weiterhin im Krieg ist. Oder ist alles an Hausaufgaben aufgeschoben bis nach Kriegsende?

**Weber:** Die Aufgaben sind sicher nicht aufgeschoben und die Ukraine macht heute auch schon ihr Menschenmögliches, um voranzukommen. Die Beantwortung der ersten Fragen, die dort zu beantworten sind, um den Kandidatenstatus zu bekommen, das ist ein formaler Schritt. Das war schon beachtlich, was die Ukraine dort geleistet hat, immer in Kriegszeiten, und deswegen heute, diese Woche steht das politische Signal im Mittelpunkt: Geben wir der Ukraine eine Chance? Dürfen sie so leben, wie wir leben dürfen? Und unsere Antwort kann da nur „ja“ sein. Dann lassen Sie uns die nächsten Schritte gehen. Ich würde mir für Donnerstag, für den Gipfel noch eine zweite Botschaft wünschen, weil wir Erweiterung nur als Europäische Union schaffen können, wenn wir auch die inneren Reformen anpacken. Heute ist die Europäische Union nicht fit für dieses Jahrzehnt und deswegen brauchen wir auch von Macron und Scholz jetzt das Signal des Systemchecks für Europa, der Überarbeitung unserer Verträge, beispielsweise im Bereich der Außenpolitik. Wenn weitere Staaten dazu kommen, können wir nicht beim Prinzip der Einstimmigkeit bleiben. Das haben wir jetzt bei Viktor Orbán schon erlebt, der alles blockiert hat. Und ich plädiere ausdrücklich auch jetzt für den Aufbau von einer europäischen Verteidigungsstruktur. Wir müssen uns in einer Welt von Stürmen, in der wir derzeit nicht verteidigungsfähig sind, als Europäer auf die eigenen Füße stellen, auch vor dem Hintergrund, dass Trump oder ein anderer, im Geiste ein Trump-Verwandter ins Weiße Haus zurückkehren könnte. Wir müssen uns endlich selbständig machen und das ist das, was jetzt notwendig ist.

**Zerback:** Herr Weber, Sie haben sich jetzt sehr darauf fokussiert, was Bundeskanzler Scholz und der französische Präsident dafür tun sollen. Aber an allervorderster Front steht ja EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, auch Sie in Ihrer Position als EU-Parlamentarier. Was wollen Sie denn tun, damit die Europäische Union besser vorbereitet ist und modernisiert werden kann? Ist das überhaupt - die Frage muss ich noch anschließen – der richtige Schritt jetzt? Braucht die EU da wirklich eine Modernisierung oder eine Erweiterung?

**Weber:** Beides. Ich glaube, das kann man nicht entweder/oder machen. Wir müssen die Kraft haben, jetzt voranzugehen, und wir brauchen jetzt politische Führung, ähnlich wie sie Helmut Kohl zeigte bei der Frage, den Euro einzuführen. Auch das war nicht einfach, auch das war nicht populär, aber es war notwendig, um uns auf die Stürme der Zeit vorzubereiten.

**Zerback:** Und die erwarten Sie von Scholz und Macron?

**Weber:** Die erwarte ich von Scholz und Macron. Wenn Sie auf die eigene Verantwortung abzielen: Es ist klar, dass wir im Europäischen Parlament und auch in der Kommission den Alltag Europas managen. Beispielsweise in der Klimagesetzgebung sind wir die letzten Wochen starke Schritte vorangekommen und werden dort auch liefern. Im digitalen Bereich kommt Europa voran. Aber über die Fragen der Grundarchitektur entscheiden die

Mitgliedsstaaten, nicht die europäischen Institutionen, sondern die Mitgliedsstaaten. Die entscheiden über die Aufgaben, die Europa wahrnehmen kann, und deshalb liegt der Ball jetzt bei den Mitgliedsstaaten, und ich hoffe, sie haben die Kraft, und ich sage ausdrücklich dazu, wenn einzelne Staaten das blockieren – ich denke wieder an Viktor Orbán in Ungarn – wenn keine Vertiefung der Europäischen Union angestrebt wird, dann muss man sich auch mit der Frage beschäftigen, ob wir dann eine Methode finden, dass die Willigen vorangehen. Das haben wir beim Euro gemacht, das haben wir beim Schengen gemacht, wo nicht alle mit dabei sind. Auch jetzt ist wieder so eine Zeit, die Verteidigungsunion aufzubauen, vielleicht auch vor dem Hintergrund, dass nicht alle an Bord sind. Ich möchte nicht mehr auf den Langsamsten warten müssen.

**Zerback:** Lassen Sie mich da einhaken, weil das ist ja genau da, wo die Katze sich in den Schwanz beißt. Um das Einstimmigkeitsprinzip zu ändern, muss einstimmig entschieden werden. Wie wollen Sie da rauskommen?

**Weber:** Der Euro wurde eingeführt, ohne dass alle Staaten zugestimmt haben. Wir haben heute noch Tschechien, Polen, viele Staaten der EU, die nicht Mitglied sind, auch innerlich politisch sagen, eigentlich wollen wir gar nicht Mitglied werden, und trotzdem wurde der Euro eingeführt. Das gleiche wünsche ich mir jetzt auch für die Verteidigungsunion, dass wir beim Aufbau dieser Cyber-Abwehrbrigade, die wir dringend brauchen, bei der Frage, dass wir einen gemeinsamen Raketenabwehrschutzschirm für Europa brauchen, dass wir dort vorangehen. Ich bin übrigens auch überzeugt, wenn man den Spieß umdreht, dass dann auch Ungarn und andere sich fragen, wollen wir in dieser Zeit wirklich beiseite stehen, wollen wir wirklich draußen sein. Wir müssen einfach die Blockade aufbrechen und dafür brauchen wir jetzt mutige Führung. Da war letzte Woche das Signal in Kiew gut, aber es reicht nicht.

**Zerback:** Mit Verlaub, Herr Weber, die EVP ist jetzt nicht gerade damit aufgefallen, einen harten Kurs gerade gegenüber Ungarn zu fahren. Das soll sich jetzt ändern?

**Weber:** Wir haben Viktor Orbán aus der EVP rausgeschmissen, weil er die roten Linien überzogen hat und überschritten hat.

**Zerback:** Nach langer, langer Kritik.

**Weber:** Er war auch nicht immer ein Radikaler, der er heute ist. Er war ja auch mal ganz ein normaler christdemokratischer Politiker und hat auch sein Land reformiert, Ungarn auch vorangebracht, und hat sich dann leider Gottes verändert. Dann haben wir auch die Konsequenzen gezogen. Die Kernfrage ist, gehen wir voran, und für meine Partei kann ich sagen, dass die Staats- und Regierungschefs dort an der Seite stehen, und im Europäischen Parlament hat meine Fraktion fast einstimmig die Forderung nach einem Konvent, sprich einer Vertragsreform, auch unterstützt. Wir wollen deshalb ein starkes Europa. Die Welt um uns herum wartet auch nicht, denken Sie an China und andere Fragen. Es ist jetzt der Moment, voranzugehen.

**Zerback:** Apropos warten. Es gibt ja viele andere Länder, die auf einen Status als Beitrittskandidaten warten, oder darauf, dass es vorangeht – die Türkei seit mehr als 20 Jahren, aber jetzt beim Gipfel steht vor allem auch der Westbalkan im Fokus. Was sagen Sie diesen Ländern beim Blick auf die Ukraine? Können die auch damit rechnen, dass deren Anliegen jetzt mit so viel Verve angegangen werden?

**Weber:** Bei einigen dieser Länder muss man sich zunächst entschuldigen, weil es lag weniger an deren Willen, Mitglied zu werden, auch an deren Reformbereitschaft, sondern das lag am nationalen Egoismus. Beispielsweise hat Macron lange den Kandidatenstatus für Albanien verhindert und das lag stark an der nationalen Innenpolitik, an Le Pen und dem Druck, der da gemacht worden ist. Auch da brauchen wir wieder Mut der gewählten Spitzenpolitiker Europas.

Auf der anderen Seite muss man aber auch sagen – ich denke an Bosnien-Herzegowina und andere Staaten – die innere Reformbereitschaft war auch nicht da. Beitrittsprozess ist immer ein Geben und Nehmen. Der Mut der EU, die Perspektive, die Hand auszustrecken, aber auch die Bereitschaft, sich zu reformieren. Ganz generell braucht Europa langfristig in der Erweiterungspolitik auch die Grundsatzfrage, wo endet die Europäische Union. Viele Bürger würden ja unterstützen, dass Länder wie Bosnien oder auch Montenegro Mitglied der EU werden, kleine Staaten, die eigentlich dazugehören, wenn sie ihre Hausaufgaben gemacht haben. Das wird unterstützt, aber sie wollen auch wissen, die Bürger, weiß die Europäische Union, wo dieser Prozess auch mal endet, und da sind wir dann bei der Türkei, wo Sie wissen, meine Partei sagt, wir wollen eine enge Partnerschaft, aber die Türkei kann nicht Mitglied werden. Es gibt auch Grenzen der Europäischen Union, die wir setzen müssen, um das Vertrauen der Bürger zu erhalten.

**Zerback:** Herr Weber, lassen Sie uns noch über einen Aspekt sprechen, der sowohl auf europäischer als auch auf bundesdeutscher Ebene aktuell sehr wichtig ist. Russland drosselt das Gas und der Bundeswirtschaftsminister hat jetzt weitere Schritte angekündigt, um sich auf den Winter vorzubereiten, denn – so sagt er – die Situation sei angespannt und ernst. Zieht er daraus jetzt die richtigen Schlüsse zur richtigen Zeit?

**Weber:** Ich glaube, national muss die Energiepolitik sehr intensiv diskutiert werden. Wenn ich da als Europapolitiker nur den Gedanken sagen darf, dass ich aus der europäischen Sicht nicht ganz verstehen kann, warum Kohle jetzt hochgefahren wird, aber die drei Atomkraftwerke nicht, die am Laufen sind. Mir erschließt sich das persönlich nicht ganz, aber das ist eine Berliner Diskussion, die in Berlin getragen werden muss. Was ich mir für Europa wünsche, ist endlich Solidarität, endlich eine gemeinsame Einkaufspolitik in Europa durchzuführen, damit wir auf den Weltmärkten stärker werden, und gerade Länder, die keinen direkten Seezugang haben – ich denke an Tschechien und an die Slowakei – die ja damals bei den Russland-Sanktionen Sonderprobleme hatten, die müssen die Vergewisserung haben, dass sie auch getragen werden, wenn wir Sanktionen beschließen oder wenn Putin von seiner Seite aus Gas und Öl entsprechend kürzt. Wir brauchen eine europäische Energiepolitik, damit wir stärker auf den Weltmärkten werden.

**Zerback:** Sollte sich angesichts dieser doch sich zuspitzenden Lage, wie es jetzt aus Deutschland heißt, auch die EU noch mal erneut über ein Gasembargo beugen?

**Weber:** Die Europäische Union hat in den letzten Wochen sechs sehr, sehr starke und wichtige Pakete beschlossen und die wirken auch. Russland ist wirtschaftlich unter Druck. Wir alle wissen, dass bei Gas die größte Problematik mit der Versorgungssicherheit mit der Kompensation besteht, weil die Gas-Pipelines schlicht nicht ersetzbar sind. Deshalb ist ein Vorgehen, wie wir es jetzt haben, ein vorsichtiges Vorgehen richtig. Die Grundrichtung stimmt. Wir haben Russland ein klares Signal gesandt, wir werden zukünftig von eurer Energielieferung nicht mehr abhängig sein, und das ist eigentlich das, was Russland langfristig wirtschaftlich schweren Schaden zuführen wird und wo wir auch kein Verständnis haben, warum Putin seinem Land solchen Schaden zufügt.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*